

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen in der Kurier-, Express- und Paketbranche

Der Landtag wolle beschließen:

Die starke Ausweitung des Onlinehandels hat zu massiven Veränderungen für den stationären Handel und zu deutlichen und noch immer stetig steigenden Versandzahlen geführt. Einerseits steht die Kurier-, Express- und Paketbranche für 600.000 Beschäftigungsverhältnisse. Es gibt aber auch zu viele Fälle, in denen nicht zumutbare und nicht zulässige Bedingungen für die Beschäftigten herrschen.

Diese engagierten Fachkräfte sind das Rückgrat der Lieferkette und spielen eine zentrale Rolle bei der Zustellung von Paketen an Millionen von Haushalten deutschlandweit. Trotz dieser unverzichtbaren Aufgabe sehen sich Paketboten jedoch mit herausfordernden Arbeitsbedingungen konfrontiert. Es besteht die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen für diese Berufsgruppe zu verbessern. So sind viele Beschäftigungsverhältnisse dadurch gekennzeichnet, dass Zusteller für Subunternehmen arbeiten und nicht direkt bei dem Unternehmen tätig sind, für das sie die Zustellungen durchführen. Ferner müssen sie Risiken, die eigentlich dem Unternehmen zuzuordnen sind, selbst tragen, dürfen Überstunden nicht geltend machen oder müssen die Fahrzeuge auf eigene Rechnung erwerben.

Insgesamt sind die Beschäftigten oft hohen Arbeitsbelastungen ausgesetzt, die lange Arbeitszeiten und strenge Zeitpläne beinhalten. Die körperliche Beanspruchung ist enorm und sie sind unvorhersehbaren Herausforderungen während der Zustellung ausgesetzt. Dieses Missverhältnis zwischen der harten Arbeit der Zusteller und den Bedingungen, unter denen sie arbeiten, ist nicht nur ethisch bedenklich, sondern hat auch weitreichende Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit dieser Arbeitnehmer. Darüber hinaus sind viele von ihnen prekär beschäftigt und haben begrenzten Zugang zu Sozialleistungen.

In Anbetracht der grundlegenden Rolle, die diese Arbeitskräfte im modernen Handel spielen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeitsbedingungen der Paketzusteller zu verbessern. Darüber hinaus bedarf es wirksamer und strenger Kontrollen, damit Arbeitgeber, die sich an Recht und Gesetz halten, nicht einerseits im Nachteil zu den Betrieben sind, die sich nicht an Regeln halten, und es gleichzeitig Beschäftigte unterschiedlicher Klassen gibt, je nachdem bei wem sie beschäftigt sind. Daher bedarf es weiterer Maßnahmen, aber allen voran wirksamer Kontrollen, damit nicht eine gesamte Branche bestraft wird, sondern diejenigen, die sich rechtswidrig verhalten.

Neben der Notwendigkeit neuer gesetzlicher Regelungen und weitreichender Verordnungen bedarf es einer wissenschaftlichen Evaluierung sowie strengerer und massiv ausgeweiteter Kontrollen durch den Zoll sowie im Falle des Saarlandes des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz. Gesetze und Verordnungen, die nicht eingehalten werden, und die Abweichungen von Gesetzen und Verordnungen belohnen, nützen nichts.

Wir wollen faire Wettbewerbsbedingungen und faire Arbeitsbedingungen.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- sich für eine deutliche Aufstockung des Personals beim Zoll zur Kontrolle bestehenden Rechts einzusetzen,
- die entsprechenden Stellen auf Landesebene, insbesondere beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz, besser auszustatten,
- sich für eine umfassende wissenschaftliche Evaluierung zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen in der PEK-Branche einzusetzen,
- sich für eine Kennzeichnung von Sendungen über 20 kg einzusetzen,
- sich analog zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischbranche für zielführende und die Lage der Beschäftigten verbessernde Bedingungen einzusetzen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.